

20. Oktober 2025

Stellungnahme des LDEW Hessen/Rheinland-Pfalz e.V.

Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Energiegesetzes

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum des Hessischen Landtags

20. Oktober 2025

1. Vorbemerkung

Der Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. (LDEW) vertritt die Interessen der hessischen und rheinland-pfälzischen Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung. Dazu gehören auch die Projektierer und Betreiber von Erneuerbaren Energien-Anlagen sowie die Stromnetzbetreiber in Hessen.

Vor diesem Hintergrund bedanken wir uns für die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum des Hessischen Landtags Stellung zum Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Energiegesetzes (HEG) nehmen zu können.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer nachfolgenden Hinweise im weiteren Verfahren.

2. Inhaltliche Einschätzung

Die vorgeschlagene Streichung der PV-Pflicht auf landeseigenen Gebäuden sowie auf neu errichteten größeren Stellplatzflächen sehen wir aus mehreren Gründen kritisch.

Zur Streichung von § 9a HEG

- Der LDEW hat die Bedeutung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand für die Akzeptanz der Energiewende immer betont – so z.B. auch in seiner Stellungnahme zur Einführung von § 9a HEG im Jahr 2022. Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass es politisch unglaublich wäre, als Landesgesetzgeber Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft aufzufordern, im Bereich Erneuerbarer Energien mehr zu tun, gleichzeitig aber selbst nicht voranzugehen.
- Im Übrigen kann es für das Land sicherlich auch hilfreich sein, etwaige Herausforderungen bei Antragsstellung, Genehmigungen und sonstigen Praxiserfahrungen selbst zu machen, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, die notwendigen politischen Initiativen zu ergreifen und so sogar zum Bürokratieabbau sowie zur Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren beizutragen.

20. Oktober 2025

Zur Streichung von § 12 HEG

- Auch die PV-Pflicht auf größeren Parkplätzen halten wir weiterhin für vernünftig. Es handelt sich nur um eine Pflicht bei Neubau, nicht im Bestand, außerdem sind eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, die einen unverhältnismäßigen Aufwand ausschließen.
- Gerade mit Blick auf die Förderung der Elektromobilität ist die Erzeugung Erneuerbarer Energie an der Stelle, wo sie direkt zur Beladung von Elektrofahrzeugen verwendet werden kann, sinnvoll. Kombiniert mit Speichermöglichkeiten ergeben sich so lokale Lösungen, die die Stromnetze entlasten.

Übergeordnete Hinweise

- Wir halten es auch unter dem Aspekt der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen für gefährlich, getroffene Entscheidungen immer wieder in Frage zu stellen.
- Uns fehlen im Gesetzentwurf darüber hinaus die Alternativen. Es ist zwar die Rede von „passgenauen Förderinstrumenten und Investitionsanreizen“ allerdings fehlen jegliche Konkretisierungen dazu. Wir befürchten angesichts der aktuellen Haushaltslage des Landes Hessen, dass letztlich keine alternativen Instrumente implementiert werden, die den PV-Ausbau mit der gleichen Effizienz voranbringen wie die bestehenden PV-Pflichten.
- Wir halten nach allen bisherigen Erfahrungen mit den bürokratischen Anforderungen bei Förderprogrammen die Schlussfolgerung im Gesetzentwurf, dass der Verwaltungsaufwand durch Abschaffung der PV-Pflichten und Wechsel zu Förderinstrumenten und Investitionsanreizen „deutlich“ sinkt, für bestenfalls optimistisch. Wenn tatsächlich beabsichtigt sein sollte, den PV-Ausbau weiterhin voranzubringen, dann wäre der Verwaltungsaufwand bei jedem alternativen Instrument zur Erreichung dieses Ziels mindestens genauso hoch wie bei den bestehenden PV-Pflichten. Die Aussage des deutlich sinkenden Verwaltungsaufwands ist nur dann richtig, wenn man stattdessen gar nichts für den PV-Ausbau tun möchte. Angesichts des wachsenden klimaneutralen Energiebedarfs insbesondere in Hessen (u.a. Rechenzentren, Elektromobilität in

20. Oktober 2025

einem Transitbundesland, Wärmewende), wäre das aus unserer Sicht aber politisch fatal.

Vor diesem Hintergrund sehen wir den Gesetzesentwurf der Freien Demokraten insgesamt kritisch und empfehlen, diesen abzulehnen.

3. Ihre Ansprechpartner

Horst Meierhofer

meierhofer@ldew.de

Telefon 06131- 627 69-25

Sebastian Exner

exner@ldew.de

Telefon 06131- 627 69-15